

Niederschrift der 38. Ratssitzung vom 21.06.2018

Ort:	Aula der Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str. 33, 06526 Sangerhausen	
Tag:	21.06.2018	
Beginn:	16:00 Uhr	
Ende:	17:33 Uhr	
Anwesenheit:	26 Stadträte	
	Herr Thomas Klaube	CDU
	Frau Regine Römmisch	CDU
	Herr Volker Schachtel	CDU
	Herr Holger Scholz	CDU
	Herr Andreas Skrypek	CDU
	Herr Reinhard Windolph	CDU
	Frau Daniela Hahn	DIE LINKE.
	Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
	Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
	Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
	Herr Günter Prause	DIE LINKE.
	Frau Karoline Spröte	DIE LINKE.
	Herr Dr. Ernst-Hubert Axthelm	B.I.S. / FBM
	Herr Mike Bösel	B.I.S. / FBM
	Frau Gesine Liesong	B.I.S. / FBM
	Herr Klaus Peche	B.I.S. / FBM
	Herr Raik Polster	B.I.S. / FBM
	Herr Siegmar Hecker	BOS
	Herr Volker Kinne	BOS
	Herr Bert Mrozik	BOS
	Frau Monika Rauhut	BOS
	Herr Helmut Schmidt	BOS
	Herr Gerhard von Dehn Rotfelser	BOS
	Frau Christine Block	SPD / DIE GRÜNEN
	Herr Arndt Kemesies	SPD / DIE GRÜNEN
	Herr Harald Koch	fraktionslos
entschuldigt fehlten:	Herr Sven Strauß	Oberbürgermeister

Frau Regina Stahlhacke	CDU
Frau Eva-Maria Kotzur	DIE LINKE.
Herr Norbert Jung	SPD / DIE GRÜNEN
Frau Antje Rödiger	SPD / DIE GRÜNEN
Herr Udo Lucas	CDU
Herr Frank Schmiedl	CDU
Herr André Reick	B.I.S./ FBM

verspätet erschienen:	Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.	16:16 Uhr
	Herr Mario Milde	FDP	16:36 Uhr
	Herr Harald Oster	FDP	17:23 Uhr

vorzeitiges Verlassen: - - -

sachkundige Einwohner: Herr Heiko Blesse
Herr Peter Dietrich
Herr Uwe Görlich
Herr Rudolf Henkner
Herr Toni Künzel
Herr Ralph Kujawski
Frau Ulrike Lange
Herr Karl-Heinz Mehmel
Herr Eberhard Nothmann
Frau Iris Reiche
Herr Matthias Redlich
Herr Maik Reppin
Frau Katrin Scheffel
Frau Martina Schneidewind
Herr Axel Sell

Ortsbürgermeister: Herr Tim Schultze OT Wettelrode

stellv. Ortsbürgermeister: Herr Helmut Hahnas OT Obersdorf

Stadtverwaltung: Herr Jens Schuster stellvertretender Oberbürgermeister
und Fachbereichsleiter Finanz- und
Personalverwaltung
Herr Udo Michael Fachbereichsleiter Bürgerservice
Herr Matthias Knobloch Fachbereichsleiter
Stadtentwicklung und Bauen
Frau Marina Becker Referentin Presse- und Öffentlich-
keitsarbeit, Städtepartnerschaften
Frau Annette Brenneiser Fachdienstleiterin Referat
Organisation und Wahlen
Frau Karin Schiller SB Referat Organisation und
Wahlen
Frau Sabrina Klausner SB Referat Organisation und
Wahlen
Frau Simone Jung SB Kita - und Schulverwaltung

Tagungsleitung: Herr Andreas Skrypek Vorsitzender des Stadtrates

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der 37. Ratssitzung vom 03.05.2018**
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 6.1 Ermächtigung des Oberbürgermeisters zur Erhebung der Klage gegen den Festsetzungsbescheid des Landkreises Mansfeld-Südharz zur Kreisumlage 2018
- 7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung**
 - 7.1 Entwurf der Neufassung der Werbeanlagensatzung der Kernstadt der Stadt Sangerhausen
 - 7.2 Prüfauftrag zur Haushaltskonsolidierung
hier: Optimierung der Betriebsführungsaufwendungen für das Friesenstadion
- 8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
 - 8.1 Bestätigung der Kandidaten für die Schöffenvorschlagsliste
 - 8.2 Aufhebung des Beschlusses Nr. 7-31/17 vom 24.08.2017
 - 8.3 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz (*ohne Beschlussvorlage*)
- 9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, eröffnet die 38. Stadtratssitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, sachkundigen Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 26 Stadträte sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 7.2 und 9. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 8. - 8.3 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Herr Skrypek

Die Verwaltung schlägt folgende Erweiterungen der Tagesordnung vor.

- Der TOP 6.0

Berufung und Verpflichtung einer sachkundigen Einwohnerin nach §§ 41, 47 Abs. 1 und 49 KVG LSA und Feststellung der Mitgliedschaft durch Abstimmung des Stadtrates

- Der TOP 9.

Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung

9.1 Umschuldung Investitionsdarlehen in Höhe von 4.763.566 €

9.2 Umschuldung Euribor-Investitionsdarlehen in Höhe von 9.000.000 €

werden zusätzlich aufgenommen. Folgender Tagesordnungspunkt verschiebt sich.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen	=	25
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Tagesordnung mehrheitlich bestätigt.

Informationen:

1. Es wird keine Pause stattfinden, aufgrund der geringen Tagesordnung und einer Veranstaltung in der Stadt, bei der einige Ratsmitglieder teilnehmen wollen.

2. Im Hauptausschuss wurde sich geeinigt, dass der Ratsstammtisch ab August bis Dezember jeweils einmal im Monat stattfinden soll und die Fraktionen jeweils einmal den Stammtisch organisieren sollen. *Herr Skrypek* bittet die Fraktionsvorsitzenden nach vorn, um ein Los mit dem jeweiligen Termin zu ziehen. Herr Oster muss im Januar weitermachen.

Herr Skrypek informiert über Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung, welche zur Kenntnis zu nehmen sind und allen Ratsmitgliedern vorliegen. Dazu gibt Herr Schuster weitere Auskunft im nichtöffentlichen Teil.

3. Genehmigung der Niederschrift der 37. Ratssitzung vom 03.05.2018

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen	=	25
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

4. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 25.06.2018 zugeschickt. Herr Schuster trägt diesen als stellvertretender Oberbürgermeister vor.

Nach Vortragen des Berichtes bittet Herr Schuster Frau Jung nach vorn, um dieser für ihre jahrelang geleistete Arbeit im Ratsbüro zu danken und diese zu verabschieden. Er geht auf die Eckpunkte ihres beruflichen Werdegangs ein. Herr Skrypek überreicht ihr anschließend einen Strauß Blumen.

Weiterhin stellt er Frau Klausner als zukünftige Kollegin und Ansprechpartnerin im Referat Organisation und Wahlen vor.

16:16 Uhr

Frau Kümmel kommt = 27

5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Klaube, CDU-Fraktion

Herr Klaube zitiert Manfred Schaub: „Brände löscht man nicht am PC.“ Er bedauert den niedrigen Stellenwert der Feuerwehr bei den Ratsmitgliedern. Am Tag der Feuerwehr erschienen kaum Räte, obwohl das Datum jedem hätte bekannt sein sollen, da dies auf der Titelseite der Sangerhäuser Nachrichten bekanntgegeben wurde. Die Verwaltung machte sich sehr stark für diese Veranstaltung, welche auf dem Markt stattfand. Mit dem Gewerbeverein und der Kreismusikschule wurde die Stadt belebt.

Er schließt mit einem weiteren Zitat ab: „ Ein Feuerwehrauto ist nicht ein Spielzeug der Kameraden, es ist ein Werkzeug zum Schutz der Bewohner und Gäste. "

Niemand solle sich persönlich angegriffen fühlen, er wollte dies nur ansprechen.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S./FBM - Fraktion

Herr Peche übermittelt dem Oberbürgermeister über Herrn Schuster gute Genesungswünsche und eine baldige Rückkehr. Er weist daraufhin, dass er das, was er vorträgt, lieber dem OB persönlich gesagt hätte, aber es ausreichend ist, wenn die Verwaltung anwesend ist. Er spricht den Umstand an, wieso nur 26 Ratsmitglieder anwesend sind und sagt, dass er der Verwaltung einen Vorwurf macht. Bei solch einer kleinen Tagesordnung hätte die Ratssitzung auch ausfallen können, wenn nicht die Formalie der Schöffenliste zu beschließen wäre. Er geht auf diverse Fraktionssitzungen und Ausschüsse ein und sagt, dass im Dezember 2017 der Haushalt 2018 schweren Herzens beschlossen wurde, damit die Stadt weiterhin handlungsfähig bleibe. Es gibt zu vielen Punkten Einzelbeschlüsse von denen er ein paar aufzählt z.B. Finanzielle Zuwendung Rosenstadt GmbH, Bewirtschaftung des Spengler Museums, Finanzielle Zuwendung Verbraucherzentrale, Aufwendungen für die wissenschaftliche Rosenforschung u.v.m.

Gleichzeitig wollten sie noch Satzungen prüfen sowie Entnahmen aus unserer Gesellschaft. An dieser Stelle sind sie nicht groß weitergekommen. Es sind noch 4 Ratssitzungen bis zum Jahresende und man werde sicher auch dieses Jahr schon über den Haushalt 2019 reden, jedoch könne man nicht mal das Jahr 2018 richtig abschließen. Er fordert, dass die Verwaltung schnellstmöglich die Vorlagen einreicht und mit dem Stadtrat diskutiert wird, damit man weiterkommt im Jahr 2018 und weiß, was 2019 auf den Stadtrat wartet. Dies ist ein großer Kritikpunkt und wurde von Herrn Peche auch schon im Verweisungsausschuss angesprochen. Er bittet darum, dass die angesprochenen Punkte in den nächsten Ratssitzungen kontinuierlich abgearbeitet werden. Es reicht nicht aus dem Rat eine Informationsvorlage vorzulegen, sondern es soll darüber gesprochen und diskutiert werden.

Weiterhin spricht er die eingeschränkten Möglichkeiten des Stadtrates trotz enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung an. Er nennt zwei konkrete Beispiele: Zum einen den Kreisverkehr Richtung Othal. Der Rat war sich einig, zukunftsorientiert sowie umwelttechnisch zu arbeiten. Nur ein Kreisverkehr würde dem entsprechen und dafür hat sich der Rat auch ausgesprochen. Der Landkreis und die Landesbehörde ignorieren die Auffassung des Stadtrates und sind nicht bereit deren Argumente anzuhören. Weiterhin hat der Stadtrat eine Resolution zur Heinrich Heine Schule verfasst. Wenn man gewollt hätte, dass die Kinder nicht 3 Jahre lang bei Wind und Wetter bis nach Eisleben fahren müssen, hätte es im Vorfeld eine Lösung geben können und müssen. Auf die Resolution hat die Landrätin innerhalb von 3 Tagen geantwortet, aber sie ist mit niemanden vom Stadtrat ins Gespräch gekommen. Das muss in Zukunft viel mehr eingefordert werden, damit die demokratische Grundordnung in Deutschland überhaupt noch existent ist und erhalten bleibt. Der Stadtrat gilt als gewähltes Instrument der Bürger, welches deren Meinung wiedergibt. Die Politikverdrossenheit wird immer größer, da der Stadtrat an diesem Punkt nicht weiterkommt. Er bittet um Mithilfe der Verwaltung, dass der Stadtrat endlich einen Schritt weiterkommt.

Wortmeldung des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Skrypek

Herr Skrypek bedankt sich bei Herr Peche, bejaht seine Worte und bekundet die Unterstützung des Stadtrates. Er sagt jedoch, dass der Rat die Forderung auch selber aufstellen müsse und gleich um einen Termin bitten solle, sowie den Auftrag an die Verwaltung geben müsse.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S. / FBM-Fraktion

Herr Peche sagt, dass sie an den runden Tisch wollten, als es um den Industriepark ging. Sie haben das in die Welt gesetzt und eine Demonstration durchgeführt, eine Kundgebung auf dem Markt gemacht. Vom Landkreis nach oben wollte den Stadtrat niemand dabei haben.

Antwort des stellvertretenden Oberbürgermeisters Herrn Schuster

Herr Schuster nimmt die Genesungswünsche entgegen und wird sie dem Oberbürgermeister überbringen.

Er geht auf die Hinweise der Haushaltskonsolidierung ein und gibt Herrn Peche in den alten Dingen Recht. In vielen Beratungen und Diskussionen hat die Verwaltung sich ein Paket von Aufgaben gegeben, für die verwaltungsintern ein Fahrplan erstellt wurde. Der Fahrplan hätte mit dem Stadtrat kommuniziert werden müssen und es ist ein Fehler, dass dies nicht getan wurde. Aber er sagt auch, wie schwierig die Komplexität einer Organisationsuntersuchung ist, aber einige spielen schon jetzt eine Rolle, denn es gab schon Berichte, dass der Haushalt 2019 vorbereitet wird. Unweigerlich muss mit dem Haushalt über das ein oder andere Thema geredet werden. Ab August wird eine Vielzahl der Themen auf der Tagesordnung stehen.

Wenn die heutigen Informationslagen nicht ausreichend sind, dann muss dies in den entsprechenden Ausschüssen nochmal erörtert und begründet werden, warum es zurzeit so, wie auf dem Papier zu sehen, ist. Er spricht von Dankbarkeit, wenn sich zu anderen Themen wie z.B. das Bemühen um die Heinrich Heine Schule sowie der damit verbundene zu verhindernde Umzug, geäußert wird. Der Schulträger hat dies zur Kenntnis genommen und zügig geantwortet. Leider hat das Bemühen des Stadtrates nicht den Erfolg gebracht, den sich alle wünschten. Der Träger spricht davon, dass es seine Schule und seine Entscheidung wäre. Dies ist ärgerlich, aber es ist so.

Die Hinweise zum Kreisverkehr Othar sind berechtigt, die Verwaltung hat sich bemüht und sich eingebracht, bedauerlicherweise sind jedoch auch sie nicht weitergekommen.

Anfrage der Stadträtin Frau Liesong, B.I.S./FBM - Fraktion

Frau Liesong spricht über einen Artikel der MZ zum Thema „Hortneubau Poetengang“. Vor kurzem wurde im Sozialausschuss bereits darüber gesprochen, jedoch liest sie heute in der Zeitung, dass Herr Knobloch gesagt hat, dass man über die Brücke nachdenken müsse. Sie denkt jedoch, dass man über das Thema nicht mehr reden müsse, denn wenn eine Brücke gebaut werden sollte, dann wäre diese sehr teuer und man könne sich den ganzen Neubau nicht mehr leisten. Die Brücke müsste behindertengerecht gebaut werden und dies würde weder der Platz, noch das Geld hergeben.

Des Weiteren kritisiert sie das Problem Ernst-Thälmann-Straße und die Antwort, dass ihre Bedenken bedacht werden. Sie will genauer wissen, was los ist und verlangt genaue Vorgaben. Dasselbe gilt für die Erweiterung des Hort Poetengang. Bevor gebaut wird, könne man jetzt noch planen, dass noch ein Modul angehängt wird und somit der Platz ausreichend wird. Es sollte darüber richtig kommuniziert werden.

Antwort des stellvertretenden Oberbürgermeisters Herrn Schuster

Herr Schuster geht auf die Veranstaltung am 26.06.2018 ein und spricht davon, dies zeitnah mit allen Beteiligten kommunizieren zu wollen. Im Hauptausschuss ist dieses Problem gleichermaßen angeklungen, dass die Fortschritte in der Planung mit Blick auf den neuen Bedarf zügig mit allen Beteiligten besprochen werden sollte, um somit ein Einvernehmen zu erzielen. Vorrang hat zunächst der Hort, welcher fertig werden muss. Mit Blick auf die Mittel Stark V wurde immer gesagt, dass der Hort Vorrang hat und was dabei übrig bleibt, fließt in die Ernst-Thälmann-Straße. Jeder B-Plan wird in seinen Entwicklungsstufen ausgelegt und in die Bürgerbeteiligung gegeben, sodass auch hier jeder mitgenommen wird.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen, Herrn Knobloch

Herr Knobloch äußert sich zum Zeitungsartikel aus der MZ. Herr Schedwill hatte ihn gefragt, was er von der Brücke halte und antwortete, dass er nicht glaubt, dass die Brücke kommt. Sie müsste barrierefrei sein und so weiter. Man müsse auch mal gucken, was in einem Interview gefragt wird und wie es dann rüberkommt. Er hat nicht gesagt, dass er die Brücke will, sondern das darüber noch diskutiert wird. Es gibt keine Aussage der Stadt, dass die Brücke gewollt ist. Man spreche definitiv mit dem Sozialausschuss.

Anfragen des Stadtrates Herrn Koch, fraktionslos

Herr Koch geht auf die Aussagen von Herrn Peche ein. Mit dem Haushaltsplanbeschluss wurde diese Maßnahmenliste vom Stadtrat beschlossen in der Erwartung, dass diese abgearbeitet wird. Natürlich sind die Erwartungen der Mitglieder des Stadtrates unterschiedlich, aber der

Maßnahmenkatalog hat auch in der Öffentlichkeit Wirkung gezeigt, weshalb dieser auch zeitnah abgearbeitet werden müsse. Es gab bisher eine Maßnahme, die mit Beschluss in den Rat eingebracht wurde, die Entnahme aus der SWG. Der Stadtrat möchte nicht, dass die Maßnahmen erst zum Schluss unter Zeitdruck behandelt werden. Es gibt ein Mittel nach der Kommunalverfassung, bei welchem der Stadtrat Druck machen kann, nämlich, dass mindestens 1/4 der Stadträte oder eine Fraktion den Antrag stellen kann, um dies auf die übernächste Tagesordnung zu setzen. Er appelliert an den Stadtrat, dass man dies versuchen sollte, denn er ist fraktionslos und deshalb nicht dazu befähigt. Er würde sich jedoch anschließen und appelliert an den Stadtrat hier schnellstens zu handeln.

Antwort des Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Skrypek

Herr Skrypek stimmt Herrn Koch zu und spricht davon, auch selbst die Initiative ergreifen zu müssen und sagt, dass die Möglichkeit besteht als Stadtrat selbst zu handeln.

Antwort des stellvertretenden Oberbürgermeisters Herrn Schuster

Herr Schuster sagt, dass im Hauptausschuss eine Vielzahl von Problemen angesprochen worden sind. Der nächste Hauptausschuss muss zu dem Thema etwas sagen. In der Verwaltung intern wurde ein Fahrplan aufgestellt, der besprochen werden soll. Danach wisse man, mit welcher Entscheidung man zu rechnen habe.

Anfragen des Stadtrates Herrn Schmidt, BOS-Fraktion

Herr Schmidts sagt, dass er Montag einen Anruf von der Stadtverwaltung bekommen hätte, bei dem ihm mitgeteilt wurde, dass die Umgehungsstraße B86 Kreuzung ab Riestedt in Richtung Emseloh voll gesperrt wird. Er solle entscheiden, ob er damit mitgehen könne, jedoch könne er das nicht selber entscheiden. Die Entscheidung muss der Ortschaftsrat treffen. Dieser hat sich gegen eine Umleitung durch Riestedt entschieden. Nun heißt es auf einmal doch, dass vom 25.06 bis 27.06 eine Vollsperrung stattfinden soll. Dies ist jedoch keine Vollsperrung im eigentlichen Sinne, da nur die Fahrzeug von Hettstedt nach Sangerhausen durch Riestedt fahren. Dies ist schon schlimm genug. Alle anderen können geradeaus weiterfahren, es ist deshalb eine halbseitige Sperrung. Der Vorschlag des Ortschaftsrates war, es so wie an der Bahnbrücke zu machen, nämlich mit einer Ampelanlage. Das Schlimme ist jedoch, dass heute Donnerstag ist und kein Bürger von Riestedt weiß, dass eine Masse an Verkehr durch den Ort kommt. Wer Riestedt und die Kreuzung kennt, der weiß, dass sie froh waren, dass sie die Umleitung hatten. Herr Schmidt äußert „Riesen große Bedenken“, denn in der Bahnhofsstraße befindet sich die Apotheke, welche viel angefahren wird von den Riestedtern und außerhalb liegenden Ortschaften. Er fragt, ob niemand in der Lage ist mit dem Ortsbürgermeister mit einem Vertreter der Stadt durch den Ort zu gehen und zu gucken, was hier gemacht wird: Halteverbot oder Parkverbot. Nichts passiert, alle werden am Montag überrascht und dann ist das Chaos da. Nach seinen Recherchen findet er es traurig, dass sich das Tiefbauamt der Stadt Sangerhausen überhaupt nicht geäußert hat. Er spricht ironischerweise von guter Zusammenarbeit.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen, Herrn Knobloch

Herr Knobloch pflichtet Herrn Peche ein wenig bei, nämlich wie die Stadt im Landkreis wahrgenommen wird. Dies ist genau dieselbe Sache wie bei der Umgehung. Herr Knobloch sagt, er hätte auch nur eine Mail bekommen in der stand: „ Im Anhang übersende ich Ihnen die Änderung des Verkehrszeichenplans für Deckensanierung der B86. Ich bitte um kurzfristige

Stellungnahme bis spätestens 21.06.2018 um 12 Uhr." Die Mail wurde am 20.06 abgeschickt. Demnach konnte sich die Stadt da kaum einbringen. Unmittelbar nachdem er die Mail erhalten habe, wurde Herr Schmidt informiert. Er kritisiert den Umgang des Landkreises mit der Stadtverwaltung. Die Zusammenarbeit in der Region sollte besser funktionieren bei solchen Kleinigkeiten. Dies ist jedoch in dem Fall kein gutes Zeichen für eine gute Zusammenarbeit. Es muss nochmal mit dem Landkreis gesprochen werden.

Anfrage des Stadtrates Herrn Schachtel, CDU-Fraktion

*Herr Schachtel*schließt sich seinem Vorredner an. Er zweifelt an, wieso es einen Ortschaftsrat gibt, wenn man doch ständig übergangen wird. Er geht weiterhin auf die Kreuzung Riestedt ein. Der Ortschaftsrat fordert, dass die Kreuzung auf 70 km/h heruntergenommen wird. Im Zusammenhang mit der Umleitung sagt er, dass er mit jemanden aus Magdeburg gesprochen hat, der die Straßen abfährt und die Richtigkeit prüft und diesen fragte, was mit der Kreuzung passiert. Der Ortschaftsrat Riestedt bekommt immer einen ablehnenden Bescheid, dass die 70 km/h nicht möglich sind, weil nach rechts und links 200 Meter geschaut werden kann. Unfälle wird es aufgrund der Vorfahrt nicht geben. Unfälle sind immer auf Fehler zurückzuführen. Wenn man jedoch die B86 abfährt, sieht man an fast jeder Kreuzung, dass die Geschwindigkeit auf 70 bis 50 km/h heruntergeregelt wird. Man kann an den Kreuzungen manchmal sogar bis zu 300 Meter schauen, trotzdem steht dort ein 70er-Schild. Nur in Riestedt ist dies nicht der Fall, dort bekommt man keine Begrenzung. Niemand berücksichtigt, dass dies jedoch eine freie Strecke ist, bei der keine Leitplanken sind. Die Fahrzeuge, die zurzeit 100 km/h fahren können mit 120 km/h ankommen, wenn dort aber die Beschränkung auf 70 km/h gegeben wäre, würden alle weniger oder ein wenig mehr fahren. *Herr Schachtel*sagt, dass sie nicht für die Entscheidung verantwortlich sind, aber sich der Ortschaftsrat für die Bürger verantwortlich fühlt. Jeder Unfall ist einer zu viel. Er fordert, dass man sich als Ortschaftsrat mit den Verantwortlichen zusammensetzt und den Kreuzungsbereich gemeinsam einsieht und jeder seine Meinung dazu sagt. Linksabbieger nach Riestedt werden sogar schon links überholt. Der Ortschaftsrat appelliert, dass den Menschen dort nichts passiert. Es muss dort etwas geschehen. Die Menschen in Riestedt treten damit an die Ortschaftsräte heran und nun wird versucht dies durchzustellen. Man spricht hier von Demokratie. Er appelliert an ein Treffen mit allen Verantwortlichen und wenn diese ihre Meinung danach immer noch vertreten, dann müssen sie dazu auch stehen, mit ihrem Namen und ihrer Hausnummer. Der Ortschaftsrat kann dies nicht mehr unterstützen und rechtfertigen.

2) spricht er von der Feuerwehr Riestedt, Gonna und Emseloh. Diese müssen einsatzbereit sein. Wenn die Gonnaer Feuerwehr in Riestedt im Winter fahren will, ist der Ravensweg zu. Sie müssen demnach eine Ehrenrunde über das Eschental drehen. Die Zeit kann damit nicht eingehalten werden. Man müsse sich da etwas überlegen. Er bekam eine Antwort von der Stadt, dass auf den Wirtschaftsweg zwischen Gonna und Riestedt kein Anspruch auf Winterdienst bestünde, da dies auf Freiwilligkeit basiert. Dies ist keine Leistung des Bauhofs und bedarf der gesonderten Anordnung. Er bittet um eine gesonderte Anordnung, bei der geregelt wird, ob eine Räumung stattfinden soll oder nicht. Weiterhin verlangt er hierzu eine Stellungnahme.

16:36 Uhr
Herr Milde kommt = 28

Antwort des Vorsitzenden des Stadtrates, Herr Skrypek

Herr Skrypek äußert sich zu Herrn Schachtels Anliegen und spricht davon, dass man dies als Stadtrat selber in die Hand nehmen müsse. In der nächsten Ratssitzung könne man ja die entsprechende Behörde zu diesem Thema einladen, um Stellung zu nehmen und eine

Diskussion mit diesen führen zu können. Die Verwaltung wird beauftragt die entsprechende Behörde für die nächste Ratssitzung einzuladen.

Anfrage des Stadtrates Herrn Klaube, CDU-Fraktion

Herr Klaube sagt, es wäre schön, wenn man im nächsten Bauausschuss Informationen zum Hochwasserschutz bekäme, wie weit es mit den Bauwerken ist und wie weit das Flurneuerungsverfahren für die Ortschaft Riestedt und Obersdorf ist.

Antwort des stellvertretenden Oberbürgermeisters Herrn Schuster

Im nächsten Ausschuss wird das geklärt.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen, Herrn Knobloch

Herr Knobloch geht auf den Vorschlag von Herrn Skrypek ein, die Behörden mal einzuladen. Die Einschränkung von Höchstgeschwindigkeiten sind Verstöße gegen Bundesgesetze. In den Ortschaften beträgt die Geschwindigkeit Tempo 50 km/h, welches in der StVO steht und auf Landstraßen 100 km/h. Die Frage ist jedoch, wie man abwägt. Er spricht von Großleinungen und die Tempo 30 Zone. Man hat als Verwaltung immer das Problem, wenn man vom Bundesgesetz abgeht, dass die Menschen dann vor das Verwaltungsgericht ziehen und dies einklagen können. Die Frage ist, ob man den Mut hat, dies trotzdem anzuordnen. Vor dieser Diskussion steht die Verwaltung momentan und er möchte dies gern diskutieren.

Anfragen des Stadtrates Herrn Schmidt, BOS-Fraktion

Herr Schmidt antwortet auf die Frage von Herrn Klaube zum Thema Flurneuerung. Ja es gibt Neuigkeiten. Er äußert seinen Unmut über die explosionsartig gestiegenen Kosten, nennt jedoch keine Zahlen. Weiterhin geht er auf die Frage nach den Bauwerken ein. Nach den Unwettern wurde von der Stadt festgelegt, dass der Bauhof die Bauwerke zu pflegen hat. Gepflegt wurde jedoch bis heute nichts. Sie hoffen, dass in Riestedt kein Unwetter und Starkregen mehr kommt, denn diese Bauwerke werden das Wasser nicht mehr zurückhalten. Die Einzigen, die reagiert haben war die Agrargesellschaft und sonst niemand. Dieser hat das Ackerland in Grünland umgewandelt, sodass man bei einem Unwetter keinen Schlamm bekommt, sondern nur Wasser. Die Flurneuerung wird sehr teuer. Die Gräben in Riestedt sind schon nicht mehr als solche zu erkennen. Herr Schmidt zeigt den Stadträten ein Bild von diesen Gräben und sagt, dass man dort nur noch Unkraut und Schlamm sehe. Die Riestedter hoffen auf Unterstützung seitens der Stadtverwaltung, dass die Gräben endlich sauber gemacht werden.

6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

Herr Skrypek fragt, ob Frau Burkert nun anwesend ist. Dies ist jedoch nicht der Fall und somit wird die Berufung und Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerin auf die nächste Ratssitzung verschoben.

6.1 Ermächtigung des Oberbürgermeisters zur Erhebung der Klage gegen den Festsetzungsbescheid des Landkreises Mansfeld-Südharz zur Kreisumlage 2018

Begründung: Herr Schuster

Er geht auf eine Änderung der Beschlussvorlage auf Seite 4 ein. Diese Gesamtkosten betragen momentan noch 150.000 Euro und sollen auf 120.000 Euro korrigiert werden. Diesbezüglich soll noch ein überplanmäßiger/-außerplanmäßiger Beschluss in der nächsten Sitzung nachgeholt werden, weil momentan im Haushaltsplan in der Haushaltsstelle 100.000 Euro vorrätig sind.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Hüttel, Vorsitzender des Ausschusses

Von 6 stimmberechtigten Mitgliedern stimmen alle einstimmig zu.

Herr Hüttel wird ebenfalls für die Beschlussvorlage stimmen, da es die einzige Möglichkeit ist, sich gegen einen Bescheid zu stellen. Man müsse sich gegen den Landkreis und gegen die Verwaltung wehren. Der Landkreis bzw. die Landrätin ist es, die den Feststellungsbescheid von Amts wegen an die Stadt verschickt. Er kritisiert die in seinen Augen nicht mehr vorhandene Funktionsweise der Demokratie. Die Finanzverwaltung des Landkreises bringt einen Vorschlag zur finanziellen Ausstattung des Landkreises, d.h. Einnahmen und Ausgaben in die parlamentarischen Gremien, also in diesem Fall der Kreistag und zuvor in eine Klausur des Landkreises MSH ein. Hier hatten alle Kreistagsmitglieder und Teilnehmer der Klausur die Möglichkeit Änderungen im Kreishaushalt und speziell für die Kreisumlage vorzubringen. Ein Großteil der Kreistagsmitglieder ist in den kommunalen Vertretungen der Städte und Gemeinden vertreten. Jedoch macht sich kaum jemand der Kreistagsmitglieder auch nur eine Vorstellung, was die Kreisumlage für die Gemeinden bedeuten. Er fragt sich, wieso die Stadt- und Gemeinderäte einen Tunnelblick gegenüber dem Landkreis und die Kreistagsmitglieder gegenüber den Gemeinden haben. Dieser Blick entsteht jeweils im gleichen Kopf. Das gegenseitige Bekämpfen erachtet er als sinnlos und falsch. Man entscheidet sich in der Regel gegen den, der im gleichen Boot sitzt. Trotz vermehrter Hinweise von Herrn Oster und Herrn Koch im Kreistag zu den laufenden Klagen aus dem Jahre 2017 der Städte Eisleben, Hettstedt und Sangerhausen hat die Mehrheit des Kreistages der Kreisumlage zugestimmt. Ebenso Mitglieder aus diesem Stadtrat, die jetzt scheinbar gegen sich selbst klagen wollen für 120.000 Euro, die den Bürgern aus Sangerhausen nun fehlen. Er bedauert die parlamentarische Arbeit in den kommunalen Vertretungen. Oft werden die Finger nach oben gezeigt ohne sich zu fragen, ob das richtig ist. Die Mitglieder des Rates haben das Heft des Handelns in der Hand. Die Verwaltungen sind maximal Vorbereiter von Beschlussvorlagen. Entscheiden sollten die Mitglieder des Rates oder des Kreistages. Ein weiterer Grund, weshalb Herr Hüttel sich ebenso für die Klage entscheiden werde ist, dass weder der Kreistag noch die Kreisverwaltung gegenüber dem Land und dem Bund Nachbesserungen in der Finanzausstattung der Kommune einfordern. Dies ist die derzeit einzige Möglichkeit um aus der Finanzsituation der

Kommunen und des Landkreises herauszukommen. Heute wird aus der Not heraus resultierend entschieden, 120.000 Euro für eine Klage ausgeben zu müssen, für die auch der Stadtrat mit verantwortlich ist.

Herr Koch geht auf die Aussagen Herr Hüttels ein. Die Kreistagssitzung fand am 06.12.2017 statt. Er brachte dort den Antrag ein, die ca. 6 Mio Euro, die im Haushalt veranschlagt wurden, welche der Landkreis selbst verursachte u.a. aufgrund von Personalkostenentwicklung und Kosten im Zusammenhang mit Klagen von den Ausgaben abzusetzen, also von der Kreisumlage zu streichen. Herr Koch errechnete einen neuen Hebesatz und stellt den Antrag, den Hebesatz aus der Haushaltssatzung zu berichtigen reduziert um 6 Mio. Euro. Leider stimmte nur einer für diesen Antrag und zwar nur Herr Koch. Mitglieder des Stadtrates stimmten alle gegen diesen Antrag, bis auf eine Person, welche sich der Stimme enthielt. Er kritisiert die Positionierung der Stadträte im Stadtrat und die Nichtumsetzung dieser im Kreistag. Er denkt, dass heute wieder mit großer Mehrheit dem Beschluss zugestimmt wird, aber man sollte auch die Möglichkeiten ausschöpfen, die den Räten als Kommunalvertreter im Kreistag gegeben sind. Man fährt bewusst als Kreistag gegen alle Regeln einer Prozessführung, d.h. wenn man die Kommunen bei der Festlegung der Kreisumlage nicht beteiligt, provoziert man entgegen aller Hinweise ein gewisses Urteil gegen den Landkreis. Man ist in der Kreistagssitzung einfach zur Tagesordnung übergegangen ohne überhaupt auf das von Herrn Koch Gesagte einzugehen.

Herr Peche sagt, er wolle sich kein Urteil über den Kreistag bilden, aber man muss feststellen, dass es Kriterien zur Berechnung der Kreisumlage gibt. Nordhausen gilt als bestes Beispiel. Die Städte und Kreise wissen, dass es langsam ein Umdenken gibt und die Verwaltungsgerichte im Sinne der Kommune entscheiden. Er kritisiert den Umgang mit dem Geld. Das Geld ist ja nicht das persönliche Geld der Mitglieder, sondern einfach nur eine Summe. Er bezeichnet dies als großes Problem. Wenn einem das Geld wirklich fehlen würde, analog auch der Kreis, dann wäre man jetzt an einer ganz anderen Stelle.

Herr Peche schlägt eine gemeinsame Sitzung des Stadtrates und Kreistages vor, um diese Probleme anzusprechen und diese zu diskutieren.

Herr Koch stellte bei der Kreistagssitzung den Antrag die Beschlussfassung abzusetzen und eine dritte Lesung anzusetzen, um das Verfahren zu wahren. Dies wurde jedoch auch abgelehnt. Er spricht an, dass im Zuge der Kommunalfinzen um ein Gespräch mit der Landesregierung gebeten wurde. Er kritisiert, dass darüber jedoch niemand mehr redet. Er weiß nicht, was dies für verheerende Folgen auf zukünftige Aktivitäten haben wird. Hier wird von den Verantwortlichen in Magdeburg demonstriert, dass es keinen Sinn macht, sich in diese Politik einzumischen, sondern man einfach nur „abnicken“ soll. Man gilt als sogenanntes „Stimmvieh“. Dagegen will er sich wehren.

Herr von Dehn-Rotfelse meint, dass die heutige Diskussion die Stadträte nicht weiterbringt, da die heutige Tagesordnung nur sagt ob es eine Klage geben soll oder nicht. Alle Dinge bezüglich des Kreistages sind nicht das Thema. Die Klage erneut einzubringen ist eine logische Schlussfolgerung aus dem, was letztes Jahr angefangen wurde. Dort wurde gesagt, dass die Bedingungen nicht erfüllt sind und man klagen müsse. Die Verwaltung des Kreises hat den Hilferuf der Stadt nicht erkannt und genauso wie bisher weitergemacht. Die Schlussfolgerung ist nun die Klage von 2017 in 2018 zu übernehmen und weiterzuführen. Dafür wirbt er und seine Fraktion.

Frau Kümmel möchte kurz auf den Vorschlag von Herrn Peche eingehen. Sie sagt, sie hätte vor über einem Jahr den Vorschlag gemacht, einen gemeinsamen Bauausschuss mit Kreis und

Stadt zu initiieren zwecks altes Mifa-Gelände und diesen auch in den Bauausschuss eingebracht. Bedauerlicherweise ist dies bis heute nicht zustande gekommen.

Herr Kotzur geht auf den Vorschlag von Herrn Peche ein. Er möchte gern, dass wenigstens die beiden Finanzausschüsse an einen Tisch kommen. Frau Kümmels Aussagen stimmt er zu. Die Stadt und der Landkreis sitzen in einem Boot und die Landesregierung mit ihren Gesetzgebungen setzt Kriterien nach denen gehandelt werden muss. Diese Kriterien sind so gesetzt, dass weder Stadt noch Landkreis damit klarkommen. Gleichzeitig sagt die Landesregierung, dass Fördermittel kommen, wobei die Stadt manchmal nicht in der Lage ist, überhaupt den Eigenanteil sicherstellen zu können. Herr Kotzur wird der Vorlage zustimmen aus dem Grund, weil ein Gericht entscheiden soll, dass die Grundlagen auf denen die Kreisverwaltungen die Kreisumlage festlegen sollen, die kommunale Selbstverwaltung sowie die kommunale Finanzen gefährden.

Herr Mildes schließt sich den Aussagen an und fragt, ob bei den Kreisumlagen auch das Prinzip der aufschiebenden Wirkung gilt und wie viel gezahlt werden würde, um der Zinslast zu entgehen für den Fall, dass man doch nicht durchkommt.

Herr Schuster beantwortet die Frage und sagt, dass man grundsätzlich immer zahlen müsse auch wenn die Klage anhängig ist. Wenn die Stadt nicht zahlen kann gibt es den Stundungsantrag. Dieser ist gestellt, aber noch nicht beschieden.

Herr Windolph spricht für den Bauausschuss. Er möchte auf Frau Kümmels Frage antworten. Er hat mehrmals mit dem Vorsitzenden des Bauausschusses des Kreises telefoniert, dieser hat ihn an den Leiter der Kommunalaufsicht Herrn Grünwald verwiesen. Mit diesem hatte er ein längeres Gespräch. Dieser bat um etwas Geduld und sagte, er würde das im ersten Halbjahr nochmal ansetzen. Dies teilte Herr Windolph den Mitgliedern des Bauausschusses in der letzten Sitzung mit.

Herr Hüttele versteht die Diskussion nicht. In dieser Klage geht es nicht um eine Klage gegen das Land, sondern um den Landkreis. Das kostet den Bürgern jetzt 120.000 Euro, weil die Kreistagsmitglieder nicht in der Lage sind die Abfolge zu fordern. Der Kreis muss gegen das Land klagen, nicht die Stadt. Er bezeichnet die Klage als rausgeschmissenes Geld, weil die Kreistagsmitglieder ihre Arbeit im Kreistag nicht machen. Das ist das Problem und nicht das Land.

Herr Peche möchte, dass der Ratsvorsitzende den Vorschlag der B.I.S./FBM-Fraktion aufnimmt, eine gemeinsame Sitzung des Stadtrates und des Kreistages zum Thema Kommunalfinanzen durchzuführen. Er verlangt nach einer Antwort.

Herr Skrypek weist daraufhin, dass dies nicht Bestandteil dieser Beschlussvorlage sein kann. Es wird als Hinweis angenommen. Es muss ein Antrag vorliegen über den gemeinsam abgestimmt werden muss. Man kann sich sicherlich auf kurzem Weg innerhalb des Stadtrates dazu einigen, jedoch nicht innerhalb dieser Beschlussvorlage.

Beschlusstext

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt gegen den endgültigen Festsetzungsbescheid des Landkreises Mansfeld-Südharz zur Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2018 Klage zu erheben. Der Streitwert wird voraussichtlich bei 10.357.174,00 € liegen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 26
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-38/18** registriert. **Inkrafttreten am:** Tag nach der Beschlussfassung

17:11 Uhr - Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Wortmeldung des Bürgers Herr Axel Sell, Sangerhausen, Hüttenstraße 24

Herr Sell geht 1.) auf die letzte Stadtratssitzung ein in welcher er Auskunft verlangte, wieso die Bäume am Bonnhöfchen gefällt worden sind und an welcher Stelle dafür Ersatzpflanzungen gemacht werden. Er hat bis heute noch keine Antwort erhalten. 2.) fragt er nach dem Parken in der Bahnhofs- und Göpenstraße. Dort wird nach wie vor geparkt. Er hat dies nachgezählt und dort auf einer Seite 18 Fahrzeuge gezählt. Dies darf nicht sein. Ähnlich ist es auch in der Hüttenstraße vor der Sparkasse. Dort können LKW's und Busse nicht richtig fahren.

Antwort Herr Knobloch, Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen

Herr Knobloch sagt, dass der Oberbürgermeister die Frage beantwortet hat. Es wurde ein Baumgutachter aus Eisleben organisiert, welcher feststellte, dass die Bäume wirklich kaputt waren. 2.) geht er auf die Frage nach den Ersatzpflanzungen ein. Diese kann er jedoch jetzt nicht beantworten und wird die Antwort nach Klärung nachreichen. 3.) spricht er das Problem des Parkens an und erachtet dies auch als einen wichtigen Punkt. Man solle dies auch angehen, jedoch muss darüber nochmal gesprochen werden.

Anfrage des Stadtrates Herrn Hüttel, DIE LINKE.

Herr Hüttel fragt ob das Gerücht, dass Aldi Im Unterfeld schließen soll, wahr ist. Es keimt die Hoffnung auf, dass dieser dann oben im Othal aufmachen würde.

Antwort des stellvertretenden Oberbürgermeisters Herrn Schuster

Herr Schuster sagt, dass ihm das nicht bekannt wäre.

17:20 Uhr - Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

7. Informationsvorlage in öffentlicher Sitzung

7.1 Entwurf der Neufassung der Werbeanlagensatzung der Kernstadt der Stadt Sangerhausen

Begründung: Herr Knobloch

7.2 Prüfauftrag zur Haushaltskonsolidierung hier: Optimierung der Betriebsführungsaufwendungen für das Friesenstadion

Geschäftsordnungsantrag

Herr Skrypek sagt, dass Herr Peche einen Geschäftsordnungsantrag stellen möchte und bittet diesen zu Wort.

Herr Peche stellt den Geschäftsordnungsantrag, aufgrund der Dringlichkeit und Notwendigkeit hier weiterzukommen gemäß des Geschäftsordnungspunkt 3.1 Er bittet den Schluss der Aussprache nochmals aufzuheben und zu den Aussprachen zurückzukommen, da er dazu etwas erläutern möchte und dazu einen Antrag stellen will.

Herr Skrypek entgegnet Herrn Peches Aussagen und sagt, wenn der Stadtrat mehrheitlich zustimmt diesen Antrag aufzunehmen, dann würde man das vorbereiten und sich nochmal zusammensetzen. Er würde die Runde der Fraktionsvorsitzenden bitten dies vorzubereiten und vor allem rechtlich abzuschätzen und was dies für Auswirkungen auf die Klagen hat. Dies möchte er jedoch nicht hier abhandeln. Er fragt den Stadtrat, ob wer gegen eine gemeinsame Sitzung des Stadtrates und des Kreistages wäre.

Herr Peche: „Der Stadtrat Sangerhausen beauftragt den Stadtratsvorsitzenden eine gemeinsame Sitzung des Stadtrates Sangerhausen und des Kreistages Mansfeld-Südharz in Abstimmung mit den dafür verantwortlichen Gremien vorzubereiten und die gesetzlichen Möglichkeiten zu überprüfen. Schwerpunktthema sind die Kommunalfinanzen und die Erhebung der Kreisumlage.“

Herr Skrypek fragt, ob im Rat jemand etwas dagegen einzuwenden hat. Dies ist nicht der Fall. Er möchte den Antrag abstimmen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag (B.I.S./ FBM- Fraktion)

Ja-Stimmen	=	22
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	6

Damit ist der Antrag mehrheitlich bestätigt.

8. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

8.1 Bestätigung der Kandidaten für die Schöffenvorschlagsliste

8.2 Aufhebung des Beschlusses Nr. 7-31/17 vom 24.08.2017

8.3 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz (ohne Beschlussvorlage)

9. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung

Die Vorlagen wurden vor der Sitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 25.06.2018 zugeschickt.

9.1 Umschuldung Investitionsdarlehen in Höhe von 4.763.566 €

9.2 Umschuldung Euribor-Investitionsdarlehen in Höhe von 9.000.000 €

10. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Skrypek stellt die Öffentlichkeit wieder her. Niemand betritt den Saal.

Um 17:33 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

gez. Sabrina Klausner
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek
Vorsitzender